



Geleitwort

Herr Minister Trittin bittet Sie herzlich um Verständnis, dass er wegen der laufenden Koalitionsverhandlungen heute leider nicht in Stuttgart sein kann. Er lässt Sie herzlich grüßen und wünscht ihrer Veranstaltung viel Erfolg. Wie Sie wissen, setzt er sich sehr intensiv für die erneuerbaren Energien ein sowie insgesamt für eine nachhaltige Energieversorgung. Das Thema Umwelt- und Energiepolitik hat im BMU mit einem noch deutlich steigenden Stellenwert der erneuerbaren Energien an Gewicht gewonnen. Dass erneuerbare Energien zum Verhandlungstableau einer Koalitionsvereinbarung für eine Legislaturperiode gehören, gab es in dieser Weise noch nicht.

Vorrangig aus der Sicht des Bundesumweltministeriums ist es, eine nachhaltige Energieversorgung aufzubauen. Das gebietet wirksamer Klimaschutz, das gebietet insgesamt die nachhaltige Entwicklung, der sich das Umweltministerium und die Bundesregierung verschrieben haben. Ich darf daran erinnern, dass die Bundesregierung im April 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet hat. Es ist nun gelungen, diese Aussagen in Johannesburg beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung auf der internationalen Agenda zu verankern.

Das Energiethema stand in Johannesburg zunächst nicht auf der Tagesordnung, da es einer Reihe von Staaten „gelungen“ war, es nicht in die offiziellen großen Verhandlungsthemen aufzunehmen. Umgekehrt ist es Deutschland und insgesamt der EU gelungen, die Verhandlungen so zu führen, dass das Energiethema dennoch als ein Schwerpunktthema im Mittelpunkt stand. Als Ergebnis gibt es nun Aussagen zur nachhaltigen Energieversorgung allgemein und einen speziellen Paragraphen im Aktionsprogramm, der sich den erneuerbaren Energien widmet. Darin wird ein Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert – ein dringlicher, kräftiger Ausbau als zentrales Anliegen einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie. Die konkreten Ziele, auf die Deutschland und die gesamte EU hingearbeitet haben, konnten in diesem Aktionsplan in Johannesburg nicht verabschiedet werden, da andere Länder dagegen waren. (Die Ergebnisse von UN-Verhandlungen werden im Einvernehmen verabschiedet, das heißt,

die Mehrheit kann nicht einfach eine Minderheit überstimmen, sondern es wird so lange verhandelt, bis man sich auf einen einvernehmlichen Text verständigt hat.)

Es ist aber gelungen, ein Aktionsprogramm zu verabschieden, in dem der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung deutlich wachsen soll. Das klingt zunächst für diejenigen, die sich mit erneuerbaren Energien beschäftigen, relativ zurückhaltend. Wenn wir aber wissen, dass in vielen Ländern mit einem deutlich ansteigenden Energiebedarf zu rechnen ist, dann bedeutet ein prozentualer Anstieg der erneuerbaren Energien gegenüber den anderen wirklich einen kräftigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Einer Reihe von Ländern genügte dieses Ergebnis allerdings nicht: die EU-Staaten – insbesondere auch Deutschland – und auch eine Reihe anderer Länder wie Brasilien, Bulgarien, Chile, Estland, Island, Israel, Jugoslawien, Litauen, Malta, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweiz, Singapur, Slowenien, Tschechien, Türkei, Uganda, Ungarn, Zypern sowie die kleinen Inselstaaten, die besonders hart von den Klimaveränderungen betroffen sind. Insgesamt haben sich etwa achtzig Länder auf eine zusätzliche Deklaration geeinigt und haben gesagt: „Uns reicht nicht, was in dem Aktionsprogramm in Johannesburg verabschiedet worden ist; wir wollen mehr tun für die erneuerbaren Energien.“ Diese Länder haben zusätzlich eine gemeinsame Deklaration speziell für die erneuerbaren Energien verabschiedet. Sie wollen sich zusammenschließen und anspruchsvolle Ziele setzen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie wollen bei der weiteren Umsetzung dieser Aufgabe zusammenarbeiten und global eine treibende Kraft bilden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voran zu bringen.

Obwohl in Johannesburg die Energie und vor allem die erneuerbaren Energien zunächst nicht im Vordergrund standen, ist es gelungen, diese als global wichtiges Thema zu behandeln und respektable Ergebnisse zu erzielen. Damit wurde zehn Jahre nach Rio ein neuer Impuls gegeben und wieder ein internationaler Prozess angestoßen mit dem Ziel, die erneuerbaren Energien kräftig voranzubringen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in Johannesburg angekündigt, zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien nach Deutschland einzuladen und hat

damit das deutsche Engagement an dieser Aufgabe unterstrichen.

Nachhaltige Energieversorgung erfordert neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch die Verbesserung der Energieeffizienz. Beide Schwerpunkte sind gleich wichtig. Zuweilen hört man, dass erst einmal die Energieeffizienz ausgebaut werden soll und dann erst die Potenziale der erneuerbaren Energien erschlossen werden sollen. Manchmal sehen dies die Befürworter erneuerbarer Energien auch umgekehrt. Für uns ist beides gleich wichtig, beides ist gleich notwendig – im mathematischen Sinn – beides braucht man, um eine nachhaltige Energieversorgung aufzubauen. Die Deklaration „gleichgesinnter Staaten“ von Johannesburg konzentriert sich auf die internationale Zusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit ist nicht gemeint, die Verbesserung der Energieeffizienz zu vernachlässigen; hier müssen weitere Aktivitäten mit anderen Akteuren ergriffen werden.

Die Bundesregierung hat sich ein langfristiges Ziel gesetzt: mindestens fünfzig Prozent Anteil der Erneuerbaren bis 2050. Dies ist im April 2002 innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vom Bundeskabinett beschlossen worden. Als kurzfristiges Ziel hat die Bundesregierung beschlossen, bis 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland gegenüber dem Basisjahr 2000 zu verdoppeln. Das bezieht sich sowohl auf den Strom mit 12,5% Anteil im Jahr 2010 als auch auf die Primärenergie mit 4,2% Anteil im Jahr 2010. Das Bundesumweltministerium hat außerdem noch ein Zwischenziel bis 2020 formuliert: Mindestens zwanzig Prozent Anteil am Strombedarf und mindestens zehn Prozent Anteil am gesamten Primärenergiebedarf sollen bis 2020 durch erneuerbare Energien erreicht werden. Das 2020-Ziel ist bisher noch nicht von der Bundesregierung insgesamt verabschiedet worden, aber wir sind zuversichtlich, auch dafür Zustimmung zu erhalten. Im Sinne einer kontinuierlichen Entwicklung brauchen wir auch dieses Etappenziel.

Wir freuen uns, dass der ForschungsVerbund Sonnenenergie diese Tagung schwerpunktmäßig der solarthermischen Stromgewinnung gewidmet hat. Das Bundesumweltministerium hat sich sehr dafür eingesetzt, dass Arbeiten zur solarthermischen Stromerzeugung kräftig vorangebracht

werden. Diese Sparte der erneuerbaren Energien war vorübergehend ins Stocken geraten, ist aber jetzt durch das Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) der Bundesregierung wieder kräftig befördert worden. Auch durch die internationalen Aktivitäten – von den GEF-Ausschreibungen für Solarkraftwerke bis zu speziellen Vergütungssätzen für solarthermisch erzeugten Strom im spanischen Stromeinspeisungsgesetz – hat dieser Solarenergiebereich wieder Auftrieb erhalten.

Im BMU-Teil des Zukunftsinvestitionsprogramms wird eine ganze Reihe von Vorhaben zur solarthermischen Stromgewinnung unterstützt. Das Bundesumweltministerium hat Forschungs- und Entwicklungsprojekte in diesem Bereich mit einem Volumen von insgesamt rund 10 Mio € vergeben. Die Bedeutung dieses Teils der Förderung erneuerbarer Energien ist aus der Sicht des Bundesumweltministeriums sehr groß. Mit den solaren Kraftwerken eröffnet sich eine neue Sparte erneuerbarer Energien; die Anlagen können sowohl in Entwicklungsländern als auch in südlichen Industrieländern zum Zuge kommen und können sowohl zentral als auch dezentral genutzt werden. Das bedeutet sehr vielversprechende Optionen für die erneuerbaren Energien. Bisher ist das Zukunftsinvestitionsprogramm bis Ende 2003 befristet, sodass wir nur bis Ende 2003 planen konnten. Wir hoffen, dass es gelingt, das ZIP zu verstetigen und die Arbeiten entsprechend fortzusetzen.

Sie können sicher sein, dass das Bundesumweltministerium sich weiterhin für die erneuerbaren Energien insgesamt und ganz besonders für die solarthermische Stromerzeugung einsetzt. Noch einmal herzliche Grüße von Minister Trittin, der ihnen für diese Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf und alles Gute wünscht. Dankeschön.



Dr. Wolfhart Dürrschmidt

Ministerialrat, Leiter des Referats „Umwelt und Erneuerbare Energien“ im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Berlin